

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten

**Gottfried Kapferer, Dr. Andreas Brugger, Fritz Dinkhauser,
Bernhard Ernst, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider**

betreffend:

Abschaffung der Leistungsgruppen an den Hauptschulen

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung möge darauf hinwirken, dass

- 1) die im Mai 2010 eingesetzten Arbeitsgruppen des Landesschulrates zum Modell „Tiroler Mittelschule“ möglichst rasch - spätestens im September 2010 - zu einem abschließenden Ergebnis kommen.
- 2) Gleichzeitig soll darauf hingewirkt werden, dass bis dahin auch ein Fort- und Weiterbildungskonzept zum Modell „Tiroler Mittelschule“ vorliegt.
- 3) Weiters soll dafür Sorge getragen werden, dass das Modell „Tiroler Mittelschule“ umgehend dem Gremium des Landesschulrates zur Beschlussfassung vorgelegt wird und verordnet werden kann.
- 4) Das Land Tirol soll dafür Sorge tragen, dass allen Tiroler Hauptschulen, die ab dem Schuljahr 2010/2011 nicht am Schulversuch „Neue Mittelschule“ teilnehmen werden, eine Teilnahme am Modell „Tiroler Mittelschule“ ab dem Schuljahr 2011/2012 ermöglicht wird.
- 5) Dazu sind für das Schuljahr 2011/2012 und in den Folgejahren die finanziellen Mittel für eine Erhöhung des Kontingents der Förderstunden an jeder Hauptschule von derzeit 1% auf 3% bereitzustellen, um die Umsetzung der neuen Lernformen zu ermöglichen.
- 6) Der Finanzlandesrat wird vom Landtag beauftragt, im Zuge der nächsten Finanzausgleichsverhandlungen sicherzustellen, dass diese Ausgaben künftig über einen entsprechend erhöhten Finanzausgleichsanteil finanziert werden.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Recht-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten** sowie dem Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Die Neue Mittelschule ist ein österreichweit durchgeführter Schulversuch, an dem ab Herbst 2010 320 frühere Hauptschulen mit 1.646 Klassen teilnehmen werden.

Die Neue Mittelschule beendet die Ungerechtigkeit des Systems der Leistungsgruppen, durch das Schüler der Hauptschule gegenüber Schülern eines Gymnasiums in Bezug auf die Aufstiegschancen in höhere Schulen benachteiligt sind. Das Zeugnis einer Neuen Mittelschule und das Zeugnis eines Gymnasiums sind völlig gleichwertig. Es ist also nicht mehr notwendig, dass Schülerinnen und Schüler im zarten Alter von 10 Jahren in die Landeshauptstadt oder in eine Bezirksstadt pendeln müssen und damit ihren Freundeskreis und ihre gewohnte Lebensumwelt aufgeben, nur um bessere Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Schulen (AHS und BHS) zu haben. Ohne die NMS sind vor allem die Hauptschulen in den Ballungsräumen und in der Nähe der Ballungsräume auf längere Sicht zum Scheitern verurteilt.

In Tirol gibt es derzeit 8 Neue Mittelschulen - alle sind in Innsbruck. Ab dem Schuljahr 2010 / 2011 wird es weitere 25 NMS in Tirol geben. Nur 25, obwohl sich 51 Hauptschulen beworben und große Bemühungen unternommen hatten. Monatelange Informationsarbeit und Überzeugungsarbeit bei Eltern, Lehrern und Schülern waren umsonst, auch die nahezu 100%igen Abstimmungsergebnisse bei sämtlichen Eltern und Lehrern waren hinfällig.

Alle 51 eingereichten Standorte in Tirol hätten nur bei einer Ausweitung der gesetzlichen Obergrenze genehmigt werden können. Diese Ausweitung war laut Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) am Widerstand der ÖVP gescheitert. Für LH Günther Platter (ÖVP) war vor einigen Monaten *„hier das letzte Wort noch nicht gesprochen“*. LHstv. Hannes Gschwentner (SPÖ) wollte sich damals bei der Bundesregierung einsetzen, dass sich *„sowohl Bildungs- als auch Finanzministerium bewegen“*.

Mit dem **Modell „Tiroler Mittelschule“** werden die „auf der Strecke gebliebenen“ Hauptschulen, die alle hervorragende Arbeit leisten, aufgewertet und für die Einführung einer österreichweiten gemeinsamen Sekundarstufe aller 10 - 14 Jährigen fit gemacht, da es beim Modell „Tiroler Mittelschule“ keine Einstufung nach Leistungsgruppen mehr geben wird.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem geforderten Ergebnis der Arbeitsgruppen, das bereits mit September 2010 vorliegen soll.

Innsbruck, am 24. Juni 2010